

Die Krisis in Oesterreich.

Seidlers Reformplan.

Der österreichische Ministerpräsident Dr. von Seidler hat nun, wie aus der Meldung unseres heutigen Morgenblattes zu entnehmen ist, zum ersten Male während seiner Regierungszeit einen Schritt getan, der sich nicht auf dem Felde sanfter Ermahnungen, leerer Versprechungen oder beschwichtigender Augenblickszugeständnisse bemerkt, sondern staatspolitisches Aussehen hat. Ein Versuch — eigentlich nur die Einleitung eines Versuches — die nationalen Schwierigkeiten in Oesterreich zu bewältigen oder doch wenigstens auf ein mit den Lebensinteressen des Staates noch vereinbares Maß herabzudrücken, ist unternommen worden. In der nächsten Zeit werden Kreishauptleute in Böhmen ernannt und ihnen die Bezirke nach der nationalen Zugehörigkeit zugeteilt werden. Damit ist der erste schüchterne Anstoß zu einer Entwicklung gegeben, die in diesem Lande des unversöhnlichen nationalen Kampfes einzig und allein zu einem Zustand leidlichen Nebeneinanderlebens und gedeßlicher Beruhigung führen kann: nämlich die Entwicklung zur möglichst weitgehenden nationalen Sonderung aller Verwaltungsgebiete.

Der Gedanke dieser Sonderung und der Wunsch danach ist Jahrzehnte alt; der Versuch, sie auf die eine oder die andere Weise herbeizuführen, ist immer wieder bei den Verhandlungen, die einen Ausgleich zwischen den beiden Volkstämmen in Böhmen schaffen sollten, unternommen worden. Er mußte immer wieder scheitern, weil die Tschechen, deren Traum von einem selbständigen tschechischen Staat ja nicht von geistern oder borgeistern ist, in einer solchen Ordnung der Dinge Beeinträchtigung ihrer Vorherrschaft im Lande sahen. Die Möglichkeit, die Deutschen durch zahlenmäßige Mehrheit zu überwältigen und durch ihre nationale Beamtenschaft zu vergewaltigen, deutsches Gebiet zu tschechisieren, wird natürlich durch eine solche Zerlegung der Verwaltungsgebiete in national geschlossene Einheiten sehr beschränkt. Deshalb haben sich die Tschechen dieser gesunden und vernünftigen Maßregel immer widersetzt und sie mit der sinnlosen Redensart von der „Landeszerreißung“ bekämpft. Diese Redensart wird gewiß auch jetzt in den wilden Enttäuschungsstürmen wiederkehren, die nach den Ankündigungen des Ministerpräsidenten von Seidler von tschechischer Seite zu erwarten sind. Um so mehr als den Tschechen ebenso wie der Regierung und den anderen Parteien klar sein muß, daß die Errichtung der national gesonderten Kreishauptmannschaften nur der Anfang der notwendigen Entwicklung sein kann. Was auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung begonnen wurde, muß auf dem Gebiete der Selbstverwaltung fortgesetzt werden. Den Kreishauptmannschaften werden die autonomen Kreisbehörden entsprechen, in denen der Gedanke der nationalen Abgrenzung erst seine Verwirklichung von unten her, in Organen des Volkes selbst, erhält. Dieser zweite, wichtigere Teil der Selbstverwaltung ist freilich nach dem ordentlichen Lauf der Dinge nur durch einen gesetzkräftigen Beschluß des Landtags — der seit 1913 nicht besteht und in absehbarer Zeit nicht bestehen wird — zu schaffen.

Mit der Errichtung der Kreishauptmannschaften wird also eine Maßregel durchgeführt, die nicht etwa in einseitig deutschem Interesse liegt, sondern einer geordneten staatlichen Verwaltung zugute kommt. Die Deutschen, die in ihren Forderungen nach nationaler Selbstständigkeit in Böhmen viel weiter gehen müssen, haben vielmehr allen Grund, mit dieser allzu geringen Abschlagszahlung wenig zufrieden zu sein. Ihr Sprecher Abgeordneter R. S. Wolf hat dem auch Abdruck gegeben. Immerhin wird die Beruhigung, die dieser erste Versuch Herrn v. Seidlers, in den nationalpolitischen Verhältnissen Oesterreichs erträgliche Zustände zu schaffen, bei den Deutschen herbeizuführen kann, nicht ohne innerpolitische Wirkung bleiben. Die Polen haben bloß gegen die Vertagung des Reichsrates Einspruch erhoben, erklären sich also an der angekindigten Neuordnung in Böhmen sozusagen desinteressiert. Die Bildung einer nicht übermäßig starken, aber vielleicht tragfähigen Mehrheit erscheint wieder möglich. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Südslawen zu den Andeutungen der Regierung über die Verwirklichung eines südslawischen

Staates im Rahmen der Monarchie verhalten. Zeigen sie sich dem Gedanken nicht ganz unzugänglich, so könnte es geschehen, daß sich die Tschechen in absehbarer Zeit in einer Isolierung finden, die sie zwingt, über die Möglichkeit ihrer staatsfeindlichen Politik ein wenig ernster nachzudenken als sie es allem Anschein nach bisher getan haben. Es ist also ein Schimmer von Aussicht auf Beruhigung der innerösterreichischen Verhältnisse da; ob sie nun wirklich eintreten oder ob es den Kräften des Umsturzes doch wieder gelingen wird, sie im Keime zu vernichten, daß läßt sich bei diesem Staat der Unsicherheiten und Ueberraschungen derzeit noch nicht einmal in Vermutungen arbeiten.

W. H.